

Das schwierige Verhältnis der AfD zum Antisemitismus

Von Martin Niewendick | Veröffentlicht am 18.01.2018 | Lesedauer: 5 Minuten

Die AfD inszeniert sich gern als „judenfreundliche“ Partei. Doch immer wieder gibt es antisemitische Provokationen. Ist die Partei wirklich nur das, was sie vorgibt: eine bürgerlich-konservative Kraft rechts der Union?

Als Reaktion auf die jüngsten Fälle von Antisemitismus haben Union, SPD, Grüne und FDP am Donnerstag einen Antrag zum Thema „Antisemitismus entschlossen bekämpfen“ vorgelegt. Darin wird die besondere Verantwortung für den Schutz jüdischer Bürger betont und die Berufung eines Antisemitismusbeauftragten gefordert. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Auch die AfD (</themen/alternative-fuer-deutschland/>) stimmte dafür, die Linke enthielt sich.

Nach dem Willen der Fraktionen soll auch das Bleiberecht von Ausländern, die zu antisemitischem Hass aufrufen, auf den Prüfstand kommen. Die stellvertretende AfD-Fraktionsvorsitzende Beatrix von Storch (/themen/beatrix-von-storch/) fand dafür im Vorfeld der Abstimmung lobende Worte und verwies auf die Situation in Frankreich. Seit 2006 seien dort 40.000 Juden nach Israel geflüchtet. „Das sind Flüchtlinge, über die niemand spricht, weil sie vor Muslimen flüchten.“ „Antisemitismus ist ein Angriff auf unsere westliche Zivilisation“, ergänzte sie.

Ganz so weit her ist es mit dem Kampf von Storchs gegen Judenhass allerdings nicht. Zusammen mit ihrem Mann betreibt sie ein Vereinsnetzwerk, zu dem auch das Onlineportal „Freie Welt“ gehört. Dort wird das klassische antisemitische Märchen von der jüdischen Weltverschwörung aufgewärmt.

Über den US-amerikanischen jüdischen Investor George Soros liest man etwa: „Von der US-Wahl bis zur Ukraine: Oligarch George Soros mischt überall mit.“ Dieser sei ein „international tätiger Strippenzieher“. Und der heutige französische Präsident und „Ex-Rothschild-Banker“ Emmanuel Macron „löst Merkel als Hauptmarionette der Finanzglobalisten ab“, heißt es auf der Webseite.

Dies wirft Fragen über das Verhältnis der AfD zum Thema Antisemitismus (/themen/antisemitismus/) auf. Drängen hier die sprichwörtlichen Nazis in Nadelstreifen in die Parlamente? Oder ist die Partei das, was sie vorgibt: eine bürgerlich-konservative Kraft rechts der Union? Das Verhältnis zu Juden und Israel ist ein Gradmesser dafür.

Aus welchem Holz ist die AfD geschnitzt?

Zuletzt hatte auch Wolfgang Gedeon (/themen/wolfgang-gedeon/) diese Fragen befeuert. Der baden-württembergische AfD-Politiker gehört wegen offen antisemitischer Äußerungen zu den umstrittensten Figuren der Partei. Vielen Kritikern

gilt der ehemalige Arzt als Holocaustleugner, und seit Dienstag darf man ihn auch offiziell so nennen. Das jedenfalls hat das Landgericht Berlin entschieden, indem es eine Klage Gedeons gegen den Präsidenten des Zentralrats der Juden (ZdJ), Josef Schuster, abwies. Dieser hatte den Politiker Anfang 2017 als Holocaustleugner bezeichnet.

„An der Antisemitismus-Zionismus-Frage wird sich weisen, aus welchem Holz die AfD geschnitzt ist“, schrieb Gedeon im vergangenen Jahr auf seiner Website. Er forderte von seiner Partei eine klare Distanzierung vom „israelischen Zionismus“. In einem seiner Bücher findet sich der Satz: „Wie der Islam der äußere Feind, so waren die talmudischen Ghetto-Juden der innere Feind des christlichen Abendlandes.“

Die AfD inszeniert sich gerne als „judenfreundliche“ Partei, die an der Seite Israels steht. 2016 hatte sich die ehemalige Parteivorsitzende Frauke Petry (/themen/frauke-petry/) vom Chef eines Israel Europe Freedom Centers nach Tel Aviv einladen lassen. Der Termin platzte allerdings nach Protesten – später behauptete Petry, die geplante Reise habe „einen rein privaten Hintergrund“ gehabt. Die NRW-AfD forderte bereits 2014 „Solidarität mit den deutschen Juden“. Und es gibt noch einige jüdische Mitglieder und Wähler der Partei, die sich von Personen wie Wolfgang Gedeon offenbar nicht abschrecken lassen.

Nachdem ein Gutachten dem Politiker 2016 antisemitische Denkmuster bescheinigt hatte, drängten einige Parteikollegen auf einen Ausschluss des Mannes aus der Partei. Dies scheiterte zwar, aber Gedeon trat später aus der Landtagsfraktion in Stuttgart aus. Der Politikwissenschaftler Hajo Funke bezeichnete das gescheiterte Ausschlussverfahren der „Tagesschau“ zufolge allerdings als „Show“ für die Öffentlichkeit.

Auch Gedeons Parteifreund Ralf Özkara übte Kritik an dem Verfahren. Beweise seien nicht fristgerecht eingereicht und brisante Zitate nicht inhaltlich bewertet worden.

Berichten zufolge soll hinter den Kulissen die Wiedereingliederung Gedeons in die Fraktion vorbereitet werden.

Antisemitische Aussagen von AfD-Politikern

Er ist freilich nicht der einzige AfD-Politiker, der mit antisemitischen Aussagen provoziert. 2015 hatte der AfD-Lokalpolitiker Gunnar Baumgart unter anderem den Holocaust-Leugner Ernst Zündel in Schutz genommen und auf Facebook einen Artikel gepostet in dem behauptet wird, dass „kein einziger Jude“ durch „Zyklon B oder die Gaskammern“ ermordet worden sei. Der Brandenburger Jan-Ulrich Weiß hatte 2014 eine von Kritikern als antisemitisch beurteilte Karikatur über den jüdischen Bankier Rothschild verbreitet. Und Peter Ziemann aus Hessen schwadronierte 2013 über „satanische Elemente der Finanz-Oligopole“.

Rechte Kreise pflegen darüber hinaus oft ein instrumentelles Verhältnis zu Juden und Israel. Islamischer Antisemitismus ist vielen ein willkommenes Vehikel, um pauschal gegen Muslime zu polemisieren. Und Israel gilt wegen seines konsequenten Vorgehens gegen islamistischen Terrorismus gewissermaßen als Frontstaat gegen den Islam.

Für Levi Salomon vom Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus ist diese Art der Parteinahme für Juden wenig glaubwürdig. „Solange Menschen wie Wolfgang Gedeon nicht aus der Partei ausgeschlossen werden und es auch bei anderen Mitgliedern entsprechende Tendenzen gibt, würde ich nicht sagen, dass die Partei insgesamt projüdisch ist“, sagte er auf WELT-Anfrage.

Auch der AfD-Fraktionsvorsitzende im Thüringer Landtag, Björn Höcke (</themen/bjoern-hoecke/>), zähle dazu. Dieser hatte im vergangenen Jahr das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin als „Denkmal der Schande“ bezeichnet. Bezogen auf muslimischen Antisemitismus agiere die Partei nach dem Motto: „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“, sagt Salomon. Sie instrumentalisieren den Islamdiskurs. Auf diesem Gebiet dürfe man ihr nicht das Feld überlassen.

© Axel Springer SE. Alle Rechte vorbehalten.

© Axel Springer SE

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/172623005>